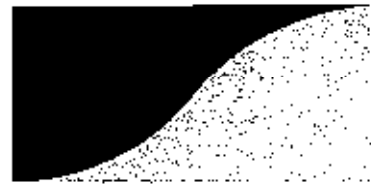


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

Walter Edenhofer hält sozialdemokratische Betriebsarbeit für notwendig denn je.

Seite 1

Norbert Wieczorek MdB beschreibt die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ölpreissturzes.

Seite 3

Ludwig Hettling MdB: UN-Konferenz über die Registrierung von Handelsschiffen brachte nicht die gewünschten Ergebnisse.

Seite 5

41. Jahrgang / 30

13. Februar 1986

Sozialdemokratische Betriebsarbeit - notwendig denn je

Bundeskonzferenz der AfA wird über Aktionsprogramm zur politischen Betriebsarbeit der SPD beraten

Von Walter Edenhofer
Leiter des Referats für Arbeitnehmerfragen/Betriebsorganisation
beim SPD-Parteivorstand

Auf ihrer Bundeskonferenz in Hannover werden die sozialdemokratischen Arbeitnehmer die konstruktive Diskussion über die Beziehungen zwischen Partei und Arbeitnehmerschaft weiterführen und über ein Aktionsprogramm zur politischen Betriebsarbeit der SPD beraten. Sie gehen dabei von ihrer Überzeugung und den historischen Erfahrungen aus, daß die Sozialdemokratie nur dann stark und mehrheitsfähig ist, wenn sie das Vertrauen der breiten Schichten der Arbeitnehmer besitzt. Dieses Vertrauen, die politisch-soziale Beziehung zur Arbeitnehmerschaft, muß durch konkretes Handeln immer wieder neu hergestellt werden. Herbert Wehner hat auf der Gründungskonferenz der AfA 1973 zu Recht darauf hingewiesen, daß die Arbeitnehmerschaft keine Hausmacht der SPD sei, die man beliebig in Rechnung stellen könne. Eine Partei wie die SPD, deren politische Aufgabe es ist, Hoffnungen und Erwartungen der Arbeitnehmer in konkrete Politik umzusetzen, ist darauf angewiesen, nicht nur in der Gemeinde und in ihrer Wohnortorganisation verankert zu sein, sondern sich auch ein breites Fundament im Betriebsbereich durch ihre Betriebsorganisation zu schaffen.

Entscheidend für die Weiterentwicklung sozialdemokratischer Betriebsarbeit ist, wie und womit sich die SPD unter den Folgen des sozialen und industriellen Wandels in der Arbeitnehmerschaft verurzelt. Wandlungsprozesse und soziale Umschichtungen hat es auch in früheren Abschnitten unserer Sozialgeschichte gegeben. Von ihnen unterscheiden sich die Veränderungen in den letzten Jahren jedoch durch eine besondere Dynamik. Mit dem Einzug der Mikroelektronik hat eine neue Ära des technischen Wandels und der Automation mit tiefgreifenden Auswirkungen auf Produktionskonzepte, Arbeitsgestaltung, Arbeitsorganisation und auf die

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. MwSt und Versand.

Druckerei: Druckerei
zu Wuppertal-Rottorf
Recycling-Papier



Qualifikationsanforderungen für die Arbeitnehmer begonnen. Dieser Prozeß ist einerseits mit einem wachsenden Potential hochqualifizierter Produktionsfacharbeiter, Techniker und wissenschaftlich ausgebildeter Arbeitnehmer verbunden, andererseits nimmt der Arbeitsanteil mit einfacheren Funktionen ab. Arbeitnehmer, deren Qualifikation für die neuen Produktions- und Arbeitskonzepte nicht ausreichend erscheinen, werden in Randbereiche abgedrängt. Von dieser Entwicklung sind Arbeiter ebenso betroffen wie Angestellte. Die Veränderung betrieblicher Beschäftigungsstrukturen und die Herausbildung neuer Berufsfelder bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Entlohnung. Die IG Chemie-Papier-Keramik ist deshalb dabei, aus dieser Entwicklung Konsequenzen zu ziehen und anstelle einer bisher getrennten Bewertung und Eingruppierung von gewerblichen und angestellten Arbeitnehmern in Lohn- und Gehaltstarifverträge einen neuen Entgelttarifvertrag für alle Arbeitnehmer der chemischen Industrie abzuschließen.

Auch für Sozialdemokraten stellt sich die dringliche Aufgabe, sich mit dieser Entwicklung gründlich und sorgfältig auseinanderzusetzen und sie politisch wie organisatorisch aufzuarbeiten. Es kommt darauf an, in einer durch Ausbildung, Beruf, Einkommen und strukturelle Veränderungen differenzierten Arbeitnehmersgesellschaft unterschiedliche politische Interessen zu bündeln und zu vereinigen. Ungeachtet der Zugehörigkeit zu einzelnen sozialen Schichten und Gruppen in der Arbeitnehmerschaft gibt es übergreifende Grundinteressen und Forderungen an die Politik: Gesicherte Arbeit, gesichertes Einkommen, soziale Sicherheit, Selbstverwirklichung und Mitbestimmung im Beruf, humane Arbeitsbedingungen, Schutz der Umwelt und Sicherung des Friedens.

Auch die Organisations- und Betriebsarbeit der SPD muß sich auf diese Entwicklung einstellen, ohne ihre klassischen Aufgabenfelder zu vernachlässigen. Die Betriebsgruppenarbeit der SPD ist schon heute durch große Vielfältigkeit gekennzeichnet: Es gibt aktive sozialdemokratische Betriebsarbeit nicht nur in der Stahlindustrie, der Automobilindustrie, in der chemischen Industrie und in den Verwaltungen des öffentlichen Dienstes, sondern auch in der elektronischen Industrie, im Maschinenbau, im Gesundheitswesen, bei Bahn, Post, Polizei, Bundeswehr und Arbeitsverwaltung sowie bei den deutschen Flughäfen. Facharbeiter, Angestellte, Beamte, Techniker, wissenschaftlich ausgebildete Arbeitnehmer und auch Ärzte arbeiten in den SPD-Betriebsgruppen aktiv mit.

Vor dem Hintergrund der sozialen und strukturellen Veränderungen in der Arbeitnehmerschaft erhält der Parteitagebeschuß zur politischen Betriebsarbeit zusätzliche politische Bedeutung. Neue Initiativen für Beteiligung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in der Politik, zur Stärkung der Betriebsarbeit und auch zur Einbeziehung von neuen Arbeitnehmerschichten und ihrer Beteiligung an der politischen Willensbildung der SPD sind unumgänglich.

Die sozialdemokratischen Arbeitnehmer werden dazu ihren Beitrag leisten. Der Auftrag des Münchner Parteitages, sich konkret den Beziehungen zwischen Politik, Organisation und Arbeitnehmerschaft zuzuwenden und Wege nach mehr Chancengleichheit in Partei und Politik zu öffnen, muß jedoch die Partei im Ganzen beschäftigen.

(-/13.2.1986/bb/ks)

* * *

Nicht nur ein Anlaß zur Freude

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ölpreissturzes

Von Dr. Norbert Wiczorek MdB

Die seit Herbst 1985 im Sturzflug befindlichen Ölpreise lassen verständlicherweise bei den Verbrauchern Freude und in Anbetracht früherer Preisdiktate durch die OPEC auch Schadenfreude aufkommen.

Für ein Öl-/Gasimportland - die Gaspreise sind weitgehend an den Ölpreis gekoppelt - besteht auch Grund für diese Freude. Selbst wenn die Ölgesellschaften einen Teil der Preissenkungen für die Verbesserung ihrer Gewinnmargen verwenden, sind die niedrigeren Preise unverkennbar und lassen im Rahmen der verfügbaren Einkommen mehr Spielraum für andere Kaufabsichten. Dies dürfte der nach wie vor eher schwachen Verbrauchsgüternachfrage zusätzliche Impulse geben, wodurch eine Stabilisierung der Binnenkonjunktur in der Bundesrepublik zu erwarten ist. Dabei sind die Preissenkungen nicht auf Heizöl, Benzin und - mit Zeitverzögerung - Gas beschränkt, andere Energieträger erhalten ebenfalls stärker Preiskonkurrenz. Daneben wird aber Öl auch als Rohstoff billiger, was für die chemische Industrie und ihre Produkte Auswirkungen haben kann. Im übrigen wird der Handelsbilanzüberschuß allein durch die Ölpreissenkung weiter steigen und damit die Aufwertungsstendenz für die DM sich fortsetzen mit der Folge niedrigerer Importpreise und damit weiterer Preisstabilität. Dies alles ist richtig und kurzfristig sicher positiv. Aber die negativen Effekte dürfen nicht ganz vergessen werden.

Im kurzfristigen Bereich wird der weitere Aufwertungsdruck der DM die bisherigen Exportmöglichkeiten dämpfen. Dabei sind aus der bereits vollzogenen DM-Aufwertung gegenüber dem US-Dollar erste Schwächezeichen im Exportordereingang festzustellen, und die notwendige Verlagerung des Aufschwungs auf die Binnennachfrage ist bisher schlechter zustande gekommen als erwartet.

Es wird auch direkte Einwirkungen auf den Export geben. Nicht-OPEC-Länder wie Norwegen und England werden von Handelsbilanzproblemen betroffen werden, bevölkerungsreiche OPEC-Länder wie Ägypten, Nigeria, Algerien und Mexiko werden bei zum Teil schon jetzt bestehenden großen Zahlungsbilanzschwierigkeiten ihre Importfähigkeit weiter gemindert sehen. Dies gilt auch für eine Reihe kleinerer Ölstaaten. Selbst bei Ausnutzung aller Förderkapazitäten werden bei einem Preis von US-Dollar 20 pro Barrel Algerien, Lybien, Venezuela, Nigeria, Katar Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Bei einem Preis von US-Dollar 15 pro Barrel gilt dies auch für Indonesien, Irak,

Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate. Da aber im Regelfall die vollen Lieferkapazitäten gar nicht absetzbar sind, dürfte der Einkommensrückgang viele Ölexportländer früher und härter treffen. Falls, wie seriöse Schätzungen vermuten lassen, der Preis gar auf US-Dollar 10 pro Barrel sinken würde, wäre der Schaden noch größer.

Eine Gegenwehr durch neue Preisabsprachen scheint zur Zeit wenig aussichtsreich, nicht zuletzt, weil Großbritannien und Norwegen trotz ihrer eigenen Verluste wegen des relativ viel geringeren Anteils der Ölförderung an ihrem Bruttosozialprodukt (Großbritannien sechs Prozent) im stillen Einverständnis mit den anderen Verbraucherländern in der IEA (International Energy Agency) sich wohl kaum dem von Saudi-Arabien ausgehenden Druck zur Kartellabsprache beugen werden.

Es sind aber nicht so sehr diese kurzfristigen Auswirkungen auf die ölexportierenden Länder, einschließlich der Auswirkung auf die Finanzmärkte durch Wegfall der Überschüsse an den Geld- und Kapitalmärkten, durch Zahlungsschwierigkeiten, zum Beispiel Mexikos oder Nigerias, und durch die Energiekreditprobleme im amerikanischen Bankwesen, die besorgt machen können. Zu befürchten ist vielmehr, daß es zu langfristig falschen Strukturen kommt. Bei stark ermäßigten Ölpreisen wird das Bestreben zu strukturellen Einsparungen, das bisher sehr erfolgreich war, nachlassen, weil es sich nicht rechnet. Alternative Energieträger, einschließlich der Kohle, deren Äquivalenzpreis zum schweren Heizöl am Weltmarkt auf US-Dollar 15 pro Barrel geschätzt wird, werden es im Markt schwer haben beziehungsweise wird ihre Weiterentwicklung infrage gestellt. Ebenso können Explorationsarbeiten in ungünstigen geologischen Strukturen oder Regionen sowie die Bestrebungen zur besseren Ausbeutung bekannter Ölfelder in Schwierigkeiten geraten. Hiermit aber wird die Grundlage für eine Umkehr der gegenwärtigen Marktverhältnisse gelegt.

Vielleicht das problematischste Risiko ist jedoch das politische Risiko in einigen Ölländern, nicht nur am Arabischen Golf. Die durch die Öleinnahmen bewirkte gesellschaftliche Strukturveränderung hat einerseits alte Loyalitäten untergraben, andererseits ist der Befriedigungseffekt aus laufender Wohlfahrtsmehrung nicht aufrecht zu erhalten. Hier können schwere soziale Störungen entstehen, die innerhalb sehr kurzer Zeit unter Umständen das Angebotsgefüge wieder zu Lasten der Ölimportländer ändern können.

So verständlich die Freude über fallende Preise ist, so notwendig ist aber auch die Fortführung einer Politik der Einsparung von Energie und der Entwicklung alternativer Energieträger, damit auf Dauer die Abhängigkeit von den Ölländern abgebaut werden kann.

(-/13.2.1986/bb/ks)

* * *



UN-Konferenz über die Registrierung von Handelsschiffen beendet

Gewinner sind die Billigflaggen-Reeder und die verladene Wirtschaft

Von Ludwig Hettling MdB

Das Ergebnis dieser, nach mehr als zwei Jahren beendeten UN-Konferenz über die Bedingungen zur Registrierung von Handelsschiffen (Billigflaggen) ist als enttäuschend anzusehen, wenn man davon ausgeht, daß es ursprünglich das Ziel dieser Konferenz war, die Billigflaggen, das heißt die Registrierung von Handelsschiffen in Ländern, die nicht Sitz der Reederei sind (Ausflagging), zu unterbinden.

Erreicht werden sollte in Genf eine Konvention, die eine unmittelbare Verbindung zwischen Flaggenstaat und Schiff herstellt. Vorgesehen war unter anderem, daß

- eine mehrheitliche Kapitalbeteiligung von Staatsangehörigen des Flaggenstaates an Schiff und/oder Reederei vorhanden ist,
- die Mehrheit der Besatzung aus Angehörigen des Flaggenstaates besteht,
- die Mehrheit des haftenden Managements einer Reederei seinen Sitz im Flaggenstaat hat.

Diese Punkte sollten zwingende Norm der Konvention sein. Erreicht wurde leider nur, daß, der Registerstaat entweder das Prinzip beobachten muß.

- daß auf Schiffen seiner Flagge ein zufriedenstellender Teil von Staatsangehörigen beschäftigt ist oder
- er angemessene Vorschriften erlassen hat, die die Beteiligung seiner Staatsangehörigen am Eigentum des Schiffes betreffen.

Was unter einem „zufriedenstellenden Teil“ von Staatsangehörigen zu verstehen ist, läßt die Konvention leider offen.

Angewandt auf die jeweiligen Handelsflotten wird das jetzt Erreichte auch dann als erfüllt gelten, wenn nur noch auf wenigen Schiffen der nationalen - beispielsweise der deutschen - Handelsflotte deutsche Seeleute beschäftigt werden.

Eine so gefaßte Konvention muß für die meisten Reeder geradezu als Einladung und international rechtlich abgesicherte Ermunterung dienen, nationale Seeleute, deren Beschäftigung mit Tariflöhnen und nationalen Sicherheitsstandards verbunden ist, gegen Seeleute aus Billiglohnländern, die diesen Bestimmungen nicht unterliegen, auszutauschen.

Die OECD-Staaten - vor allem die USA, Japan, England und die Bundesrepublik - deren Flotte über 80 Prozent ausgeflaggt ist, ziehen es vor, sich für die Interessen der ausflaggenden Reeder - und damit für die Billigflaggen - einzusetzen, anstatt sich für die Interessen der nationalen Seeleute stark zu machen. Dies bedeutet auch, daß Wettbewerbsverzerrungen durch Billigflaggen legalisiert werden.

Seeleute in aller Welt und die Reedereien - wie zum Beispiel Hapag Lloyd - die bemüht sind, ihre Schifffahrt unter nationaler Flagge zu betreiben, sind die Verlierer in Genf, denn sie unterliegen weiterhin dem wirtschaftlichen Druck der Billigflaggen und dem damit verbundenen Sozialdumping.

Gewinner der neuen Genfer Konvention sind die Billigflaggen-Reeder und die verladende Wirtschaft. Ihre Interessen wurden in Genf wirkungsvoll von der Bundesregierung und den Regierungen der westlichen Industrienationen vertreten und durchgesetzt.

(-/13.2.1986/vo-he/bb)

* * *

